



Dossier „Mobilität“

Erstellt von Marica Bodružić, TEAM EUROPE

Im Rahmen des Projektes „Go create Europe: Young EU Professionals“
der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
der Regionalen Vertretung der EU-Kommission in Bonn

mit freundlicher Unterstützung des Katholisch-Sozialen-Instituts, Bad Honnef

Bonn, April 2008

Gliederung

Nix wie weg!	Seite 2
Facts and Figures zur Mobilität in der EU	Seite 2
Europa setzt auf Mobilität – warum eigentlich?	Seite 3
Binnenmarkt – grenzenlose Möglichkeiten	Seite 4
Stolpersteine auf dem Weg ins Ausland	Seite 7
Die Neuen sind kritisch	Seite 8
Folgen der Mobilität auch bei uns	Seite 9
Vorteile abwägen	Seite 9
Die EU macht mobil – Programme für junge Leute	Seite 11
Berufsausbildung in Europa	Seite 14
Leonardo da Vinci	Seite 14
Belegen muss man's können – der <i>europass</i>	Seite 15
Anhang: Tipps zum Surfen	Seite 16

Nix wie weg!

Facts and Figures zur Mobilität in der EU

Der „Deutsche an sich“ macht zwar gerne Urlaub in fremden Ländern, aber ansonsten scheint er recht unbeweglich zu sein. Kaum 1 Prozent, sagt das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) arbeitet im EU-Ausland, gerade mal 2,4 Prozent haben das schon mal getan. Erstaunlich für ein exportorientiertes Land und angesichts hoher Arbeitslosenzahlen.

„Typisch deutsch“ ist das allerdings nicht, denn in den vergangenen Jahrhunderten schnürten immer wieder Menschen ihr Päckchen und zogen dem Brotkorb hinterher, erst nach Mittel- und Osteuropa und später in die Neue Welt. Die Deutsche Auswander-Datenbank in Bremerhaven hat allein für die Zeit von 1820 bis 1939 rund 4,4 Millionen Auswanderer registriert. Heute bleibt man auch in schweren Zeiten lieber zu Hause. Jüngstes Beispiel: die Reaktionen der entlassenen Bochumer Nokia-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Anwerbungsversuche von Thüringer Unternehmensvertretern vor den Nokia-Werkstoren. Laut Medienberichten, mussten die Thüringer erfolglos abziehen, da sich die ehemaligen Nokianer nur schwer vorstellen konnten, vom Ruhrpott nach Thüringen zu ziehen. Und das, obwohl ihnen zu Hause die Arbeitslosigkeit droht.

Ein Blick über den Tellerrand

Es ist nur ein schwacher Trost, aber bei den anderen sieht es auch nicht viel besser aus. Wenn man die EU-Bürgerinnen und Bürger befragt, wie sie es denn mit der Mobilität halten, sagt die Hälfte: wir sind mobil! Allerdings weicht diese Selbsteinschätzung von der Realität ab. Und zwar deutlich. Der Anteil der Unionsbürger, die in einem anderen Mitgliedsland als dem Herkunftsland arbeiten, hat sich mit ca. 2 Prozent in den letzten 30 Jahren kaum verändert.

„Wir befinden uns auch in der paradoxen Lage, dass die Arbeit mobiler geworden ist, nicht aber die Arbeitskräfte. Die Globalisierung verändert die Arbeitsumgebung und zwingt die Arbeitnehmer, flexibler und anpassungsfähiger zu werden. Der gegenwärtige Mangel an einer echten „Mobilitätskultur“ erweist sich daher als wirkliches Hindernis.“

Vladimír Špidla, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, 2006

Europa setzt auf Mobilität– warum eigentlich?

Um Arbeitslosigkeit abzubauen und mehr Arbeitsplätze zu schaffen, ist eine größere Mobilität in der Europäischen Union unerlässlich, sagt die Europäische Kommission. Und selbst wenn dem nicht so wäre, sind mobilitätsfähige Arbeitnehmende eindeutig im Vorteil gegenüber ihrer nichtmobilen Konkurrenz. Sie kommen in der Regel besser mit Veränderungen in der Arbeitswelt zurecht und finden aufgrund ihrer zusätzlichen Qualifikationen bei Arbeitslosigkeit leichter einen neuen Arbeitsplatz. Und zu guter Letzt: was nutzt der schönste Binnenmarkt mit all seinen Rechten und Möglichkeiten, wenn ihn niemand nutzt?

Wettbewerbsfähigkeit stärken

Die Arbeitsmärkte in der EU werden von zwei unterschiedlichen Phänomenen geplagt: Die einen leiden unter hohen Arbeitslosenzahlen, den anderen fehlt es an qualifiziertem Fachpersonal. Das ist heute schon so, und kommt noch schlimmer. Laut Eurostat, dem europäischen Amt für Statistik, wird es bis zum Jahr 2010 vor allem im Süden Großbritanniens, in Dänemark, Schweden, in den Niederlanden, in Zentralfrankreich, Süddeutschland und Teilen Österreichs und Portugals an qualifizierten Arbeitskräften fehlen. Doch was hat das mit den heutigen Jugendlichen zu tun? Eine Menge! Denn sie sind die Arbeitskräfte der Zukunft, die sich während ihrer Schulzeit und Ausbildung für diese veränderte Arbeitswelt fit machen müssen. Was liegt da näher, als sie zur Mobilität zu befähigen, damit sie dort hingehen können, wo sie gebraucht werden?

Mehr Infos:

Aktionsplan der Kommission für Qualifikation und Mobilität, KOM(2002)72, vom 13.02.2002

http://ec.europa.eu/employment_social/workersmobility_2006/index.cfm?id_page_category=FF&language=de

Arbeitslosenquote, Januar 2008		
Niederlande	2,9 %	(niedrigste Quote)
Dänemark	3,1 %	
Österreich	4,2 %	
Bulgarien	6,2 %	
Ungarn	7,2 %	
Deutschland	7,6 %	
Frankreich	7,8 %	
Slowakei	10,4 %	(höchste Quote)
Die Durchschnittsquote der EU27 liegt bei 6,8 %		
(Quelle: Eurostat, Pressemitteilung 26/2008)		

Potentiale nützen

Auch wenn es auf den Arbeitsmärkten innerhalb der EU erhebliche Unterschiede gibt, so haben die 27 Staaten doch eines gemeinsam: die demografische Entwicklung. Heißt, die Gesellschaft wird immer älter bei einer konstant niedrigen oder gar sinkenden Geburtenrate. Infolgedessen werden dem Arbeitsmarkt der Zukunft weniger junge Arbeitskräfte zur Verfügung stehen als heute. Konsequenz: alle zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte müssen fit gemacht werden, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Wir können nicht mit Niedriglöhnen oder Rohstoffen punkten, nur mit unserer Ausbildung, unseren Ideen und der Qualität unserer Arbeit.

Lissabon-Strategie wird ein Programm genannt, das die europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2000 auf einem Sondergipfel in Lissabon verabschiedet haben. Es sollte die EU innerhalb von zehn Jahren, also bis 2010, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Dieses hochgesteckte Ziel musste allerdings bei der Halbzeitbewertung der erreichten Erfolge 2005 revidiert und angepasst werden. Die Schwerpunkte liegen jetzt noch stärker auf Maßnahmen für mehr Beschäftigung und Wachstum.

Der Jugendpolitik hat die Neuausrichtung nicht geschadet, ganz im Gegenteil. Ein **Europäischer Pakt für die Jugend** in die Lissabon Strategie aufgenommen. Der Pakt will die allgemeine und berufliche Bildung, die Mobilität sowie die berufliche und soziale Eingliederung der europäischen Jugend verbessern. Konkret heißt das, dass die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft, die Zahl der Schulabbrecher/-innen reduziert, die Studienmöglichkeiten im europäischen Ausland verbessert und Hemmnisse für die Arbeits-, Freiwilligenaufenthalte oder Praktika beseitigt werden sollen.

Infos: http://ec.europa.eu/growthandjobs/faqs/background/index_de.htm#bg06
<http://europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c11325.htm> (Überarbeitete Strategie, 2005)

<http://europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c11081.htm> (Pakt für die Jugend)

Quelle: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Lissabon, 23. und 24. März 2000

Binnenmarkt - grenzenlose Möglichkeiten

Dieses Kernstück der Europäischen Integration gibt es schon seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1957. Er sichert den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital und beschert uns das, was wir am meisten an der EU schätzen: überall dort leben, lernen und arbeiten zu dürfen, wo wir wollen.

Hauptgewinn: Freizügigkeit

EU-Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, sich in jedem beliebigen Mitgliedsstaat aufzuhalten oder niederzulassen. Wer länger als drei Monate bleiben will, braucht sich nur bei den zuständigen Behörden – in der Regel beim Einwohnermeldeamt – registrieren zu lassen. Dann darf man als Arbeitnehmer oder Selbstständige arbeiten. Sich im Ausland niederlassen kann jedoch auch, wer weder arbeiten noch studieren will. In diesem Fall muss er lediglich nachweisen, dass er fürs dolce vita über ausreichende Existenzmittel verfügt und krankenversichert ist. Sinn dieser Regelung: es sollen verhindert werden, dass mittellose EU-Bürgerinnen und Bürger in die „besten“ europäischen Sozialsysteme wandern und dort Sozialleistungen beanspruchen. Tausende von deutschen Rentnern nutzen übrigens die Möglichkeit der europäischen Freizügigkeit und genießen ganz ohne Arbeit oder Studium, ihre Rente auf Mallorca.

Die Familien der EU-Bürger dürfen mitziehen, unabhängig davon, ob sie EU-Angehörige sind oder nicht. Auch sie haben das Recht, im Ausland zu arbeiten oder sich weiterzubilden. Übrigens: als Familienangehörige zählen auch „eingetragene Lebenspartnerschaften“, unter der Voraussetzung, dass sie in dem Aufnahmeland der Ehe gleichgestellt sind.

Infos: http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/citizenship/movement/fsj_citizenship_movement_de.htm

Ausführliche Informationen im Dossier: Bildung in Europa

Mobilität auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger

Drittstaatsangehörige, die in Deutschland leben und langfristig aufenthaltsberechtigt sind, verfügen über die sogenannte kleine Freizügigkeit. Sie können ähnlich wie EU-Bürger in den EU-Mitgliedstaaten lernen und arbeiten, besitzen jedoch nicht die gleichen, umfangreichen Rechte. Flüchtlinge und Asylbewerber sind von der kleinen Freizügigkeit ausgeschlossen.

Infos: <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l23034.htm>

<http://www.eiz-niedersachsen.de/freizuegigkeit.html>

Jugendliche betrifft vor allem eine EU-Richtlinie, die speziell das Aufenthaltsrecht von den Drittstaatsangehörigen regelt, die studieren, einen Teil ihrer Ausbildung oder einen Freiwilligendienst im EU-Ausland absolvieren möchten, der länger als drei Monate dauert. Die Bestimmungen regeln und erleichtern die Teilnahme an allen Gemeinschaftsprogrammen. Aber Achtung: Jugendliche aus Ländern, die das Schengener Abkommen nicht unterzeichnet haben –

also beispielsweise die Türkei oder Russland - benötigen für die Einreise in ein Schengen Land ein Visum. Informationen zu Kosten und Fristen am besten bei den zuständigen Konsulaten einholen

Infos unter: www.jugendpolitikeneuropa.de/themen/mobilitaet/news-82.html?

Schengen – Reisen ohne Grenzen

Für uns ist es heute selbstverständlich, die Grenzen ohne Reisepass zu passieren. Aber erst das Schengener Übereinkommen hat es möglich gemacht. Unterzeichnet haben es seit 1985 die Nicht-EU-Staaten Norwegen und Island sowie alle EU-Staaten mit Ausnahme von Großbritannien, Irland, Zypern, Bulgarien und Rumänien. Schengen garantiert jedoch den EU-Bürgerinnen und -Bürgern nicht nur grenzenloses Reisen. Die Vertragsstaaten haben gleichzeitig die Kontrollen an den Außengrenzen verstärkt, eine grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit vereinbart und eine gemeinsame Visa- und Asylpolitik eingeführt. Denn der organisierten Kriminalität will Schengen Tür und Tor nicht öffnen.

Mehr Infos im Dossier „Grenzen“

Und unter: www.auswaertiges-amt.de

Junge Menschen, die mit geregelter Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, hier zur Schule gehen oder in der Ausbildung stecken, jedoch trotzdem einen ausländischen Pass besitzen, werden deutschen Lernenden gleichgestellt und können an allen EU-Programmen teilnehmen.

Drittstaatsangehörige

Während der Begriff Unionsbürger jeden Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaats umfasst, sind Drittstaatsangehörige Angehörige von Staaten, die nicht der Europäischen Union bzw. dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehören.

Definition: Bundesministerium des Inneren

Stolpersteine auf dem Weg ins Ausland

„Mobilität bringt die Bürger einander näher und verbessert das gegenseitige Verständnis. Sie fördert die Solidarität, den Austausch von Ideen sowie eine bessere Kenntnis der verschiedenen Kulturen, die Europa ausmachen; somit fördert Mobilität den wirtschaftlichen, sozialen und regionalen Zusammenhalt.“ (Europäische Qualitätscharta für Mobilität, 2006)

Wenn Mobilität so viele positive Seiten hat, warum tun es dann so wenige? Weil noch rechtliche und praktische Hürden bestehen, welche die Mobilität behindern, lautet die Antwort. Auf Arbeitgeberseite können beispielsweise die Qualifikationen und Erfahrungen der Arbeitssuchenden nicht richtig eingeschätzt werden. Die Arbeitnehmer wiederum kämpfen mit mangelnden Sprachkenntnissen und Unsicherheiten im Hinblick auf Fragen der Renten-, Arbeitslosen- oder Krankenversicherung. Sie sorgen sich darum, wie sie eine Wohnung finden sollen, ob die Auslands-Ausbildung der Kinder anerkannt wird und der Partner oder die Partnerin eine Arbeit findet. Fragen auf die es schon viele – wenn auch nicht immer hinreichende Antworten gibt.

Mit dem **Aktionsplan für berufliche Mobilität (2007-2010)** hat die Europäische Kommission ein Konzept vorgelegt, mit dem sie in den kommenden Jahren die Hindernisse der Mobilität abbauen will. Einen Schwerpunkt der Arbeit wird die Koordinierung der sozialen Sicherheitssysteme bilden.

Infos unter:

http://ec.europa.eu/employment_social/news/2007/dec/com_2007_0773_de.pdf

Die Bildungssysteme innerhalb der Europäischen Union unterscheiden sich stark. Das macht es auch so schwierig, die beruflichen Qualifikationen zu vergleichen. In der Regel erkennen die Mitgliedsstaaten die Berufsabschlüsse gegenseitig an. Und trotzdem gilt, wer in einem anderen EU-Mitgliedstaat arbeiten möchte, muss die Anforderungen erfüllen, die dort an die Berufsausbildung gestellt werden. Das heißt, dass unter Umständen noch einmal die Schulbank gedrückt werden muss. Wer all diese Fragen klären will, sollte sich zunächst an die zuständigen Berufsverbände oder die Industrie- und Handwerkskammern wenden.

Trotz mancher Schwierigkeiten scheinen die Europäerinnen und Europäer im Großen und Ganzen Mobilität gutzuheißen, denn immer wenn man sie befragt – und das tut die Europäische Kommission in ihren Eurobarometer-Erhebungen regelmäßig – schallt es ihr entgegen,

Mobilität habe positive Auswirkungen für den Einzelnen (46%), den Arbeitsmarkt im Besonderen (49%) und vor allem nütze sie der europäischen Integration (57%). Mobilität stelle – darin sind sich alle einig - eine der größten Errungenschaften der EU dar.

Die Neuen sind kritisch

Wenn man die Umfrageergebnisse jedoch genauer betrachtet, stellt man fest, dass die Zustimmung bei den wohlhabenderen, alten EU-Mitgliedern zur Mobilität in der Regel besonders hoch ist. So gehören beispielsweise Dänemark und Schweden zu den Ländern mit der größten beruflichen Mobilität. Die Begeisterung in den mittel- und osteuropäischen Ländern hält sich hingegen in Grenzen. Hier verlassen meist junge und hochqualifizierte Menschen aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat und bleiben für einen längeren Zeitraum oder gar für immer im Ausland.

Dieser Form der Mobilität – die häufig genug in Migration mündet - stehen die neuen EU-Bürger/-innen gespalten gegenüber. Mobilität trägt zwar zum Wohlstand der einzelnen Menschen bei, hat aber auch zur Folge, dass den neuen Mitgliedsstaaten immer mehr Fachkräfte fehlen, die für den eigenen Wirtschaftsaufschwung benötigt werden. Besonders prägnant wirkt sich das erstaunlicherweise in Polen aus, einem Staat der EU-weit eine der höchsten Arbeitslosenzahlen aufweist.

Die Stadt Breslau beispielsweise versucht mit Kampagnen in Großbritannien ihre ausgewanderten Bürgerinnen und Bürger für den heimischen Arbeitsmarkt zurückzugewinnen. In Breslau fehlen inzwischen Experten aus dem IT-Bereich, dem Handwerk, dem Bau- und dem Gesundheitssektor. Verständlich, dass die polnischen Bürgerinnen und Bürger nur einen geringen Mehrwert in der Mobilität erkennen können. Sie befürchten, dass Mobilität und Migration das soziale Gefüge der Gesellschaft gefährden und ganze Familien zerstört werden. Nicht zu Unrecht, schon längst gibt es in Polen ganze Städte und Dörfer, in denen Kinder überwiegend von den Großeltern aufgezogen werden, während die Eltern im Ausland arbeiten. Umgekehrt wachsen Kinder, die mit ihren Eltern weggezogen sind, ohne Oma und Opa und feste Familienstrukturen auf. Mit allen Folgen für ihre psychische und kulturelle Entwicklung.

Infos: www.gesis.org/en/data_service/eurobarometer/

www.cap-lmu.de/aktuell/meldungen/2007/mobilitaet-migration.php

Folgen der Mobilität auch bei uns

Mobilität verringert Arbeitslosigkeit, kann aber auch „schrumpfende“ Dörfer und Städte hinterlassen. Um sich davon zu überzeugen, bedarf es nur einer Reise in die neuen Bundesländer, nach Erfurt oder den Kyffhäuser Kreis beispielsweise. Dort kann man ganze Straßenzüge mit leerstehenden Häusern und geschlossenen Schulen und Kindergärten sehen. Es darf bezweifelt werden, ob diese Form der Mobilität tatsächlich etwas gemein hat mit der Form, die von der Europäischen Union gefördert wird.

Infos unter: www.iab.de/de/199/section.aspx/Publikation/i880209d11

Freie Fahrt nicht für alle

Die volle Freizügigkeit will Deutschland den Bürgerinnen und Bürgern aus den neuen Mitgliedsstaaten, die seit dem Jahr 2004 beigetreten sind, noch nicht gewähren. Das EU-Recht erlaubt eine Übergangsfrist von maximal sieben Jahren. Spätestens 2011 wird also die Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für die 10 Staaten, die 2004 beigetreten sind, in vollem Umfang gelten. Im Jahr 2013 dann auch für die Bürgerinnen und Bürger in Rumänien und Bulgarien.

Die Bundesregierung hatte bei der Aushandlung der Beitrittsverträge auf diese Übergangsfristen besonderen Wert gelegt. Sie wollte damit den deutschen Arbeitsmarkt vor einem Arbeitskräfteüberangebot aus Mittel- und Osteuropa schützen. Vielleicht sollte damit jedoch auch die deutsche Öffentlichkeit beruhigt werden. Schließlich ist es kein Geheimnis, dass die Themen Mobilität und Migration in der Bevölkerung Ängste wecken. Übrigens: Länder, wie Irland oder Schweden, die ihre Grenzen ohne Übergangsfristen geöffnet haben, verzeichnen keinen Zuwachs der Arbeitslosigkeit.

Mehr Infos auf den Internetseiten der Bundesregierung sowie unter:

http://ec.europa.eu/employment_social/free_movement/enlargement_de.htm

Vorteile abwägen

Es ist wichtig, die Begriffe Migration und Mobilität klar voneinander zu trennen. Mobilität zeichnet sich – im EU-Verständnis - vor allem durch persönliche und berufliche Weiterentwicklung und interkulturelles Lernen aus, für das man für einen begrenzten Zeitraum einen Orts- oder Landeswechsel vornimmt. Migration strebt vorrangig bessere ökonomische Lebensverhältnisse im Ausland an, aus dem man häufig nicht mehr in die Heimat zurückkehrt.

Unabhängig davon, ob es sich um Mobilität oder Migration handelt, ist eines klar: wer geht, der fehlt - den Familien, den Freunden, in der Schule, in den Vereinen, bei der sozialen oder auch der politischen Arbeit vor Ort. Wer nicht da ist, kann nicht bei den Geschwistern Babysitten, nicht für Oma einkaufen oder den Eltern beim Rasenmähen helfen. Zudem müssen im Ausland Trennungsschmerz und Fremdheit überwunden werden. Aber wer geht, kann neue Freunde gewinnen und ein besseres Verständnis von der Welt, in der wir leben noch dazu; er kann sich dafür engagieren, dass sich Europäer nirgendwo in Europa wie Fremde fühlen, er kann sich auch im Ausland sozial engagieren und vor allem kann er wiederkommen!

In den Kommissionsdokumenten zur Mobilität bezeichnet in der Regel der Begriff

- **berufliche Mobilität** die Häufigkeit des Arbeitsplatzwechsels vor Ort
- **örtliche Mobilität** den arbeitsplatzbedingten Umzug innerhalb eines Landes oder ins Ausland
- Beide Begriffe zusammen werden als **Arbeitsmarktmobilität** bezeichnet

Quelle: Der Europäische Aktionsplan für berufliche Mobilität (2007-2010)

Die EU macht mobil – Programme für junge Leute

Mobilität macht junge Menschen fit für die Arbeitsmarktherausforderung der Zukunft, keine Frage. Aber Mobilität macht auch jede Menge Spaß! Sie hilft Sprachen, Menschen und Kulturen kennenzulernen und macht jenseits von schulisch oder beruflich verwertbaren Lernergebnissen erfahrener und schlauer. Egal, ob man für drei Wochen oder drei Monate ins Ausland geht. Aber Achtung: Urlaub ist damit nicht gemeint! Der Europäische Rat für Bildung, Jugend und Kultur hat Qualitätskriterien für Mobilität definiert. Das A und O jedes erfolgreichen Auslandsaufenthalts sind demnach eine gute Vorbereitung und ausreichende Sprachkenntnisse.

Info: <http://europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c11085.htm>

Mehr Informationen zu den Bildungsprogrammen in den Dossiers "Grenzen" und "Bildung"

COMENIUS

Das EU-Bildungsprogramm COMENIUS hat sich auf die Fahnen geschrieben, alle Menschen, die mit schulischer Bildung zu tun haben, also Lernende und Lehrende, zusammenzubringen und sie von- und miteinander lernen zu lassen. Dafür hat sich COMENIUS – übrigens der Name eines großen tschechischen Pädagogen des 17. Jahrhunderts – die sogenannten Schulpartnerschaften ausgedacht. Dabei werden europäische Schulen gefördert, die gemeinsame Projekte entwickeln.

Infos unter: www.kmk-pad.org

Schulaufenthalt im Ausland

Wer Lust hat, kann ein ganzes Schuljahr oder auch nur ein paar Wochen oder Monate im Ausland zur Schule gehen. Das gilt gleichermaßen für Schülerinnen und Schüler von Haupt-, Realschulen und Gymnasien. Wenn man Glück hat, fährt gleich die ganze Klasse mit, weil die Schule über langjährige Partnerschaften verfügt. Nur leider ist das noch die Ausnahme. Meistens muss man sich selbst um ein Auslandsschuljahr bemühen. Die EU hat hier bisher wenig zu bieten. Doch schon ab 2009 werden voraussichtlich Schulaufenthalte im Ausland über das Programm COMENIUS gefördert – die sogenannten Einzelmobilitäten. Bis dahin braucht man entweder noch ein wenig Geduld, oder man erkundigt sich nach anderen Möglichkeiten. Die gibt es reichlich, egal, ob man in Europa bleiben oder nach Übersee gehen will. Die meisten Angebote kosten eine Stange Geld, doch Stipendien sind auch zu haben. Das

Land NRW zum Beispiel fördert über seine bilateralen Kulturabkommen Schulaufenthalte in Australien, Kanada, Neuseeland oder der Schweiz.

Infos unter www.rausvonzuhause.de.

<http://wiki.bildungsserver.de/infoboerse/index.php/Sch%C3%BCleraustausch>

Extra Tipp für Frankophile

Frankreich-Freunde haben die Möglichkeit beim „Voltaire-Programm“ des deutsch-französischen Jugendwerks mitzumachen. Voraussetzung dafür ist, dass man die 9. oder 10. Klasse mit Sekundarstufe I oder II besucht und gut französisch kann. Das macht auch Sinn, weil man sonst dem Unterricht im Gastland nicht folgen kann. Für den Austausch gibt es ein kleines Stipendium und einen Fahrtkostenzuschuss. C'est ça! Aber außer einem Taschengeld, braucht man ohnehin nicht mehr viel, weil man während des insgesamt einjährigen Aufenthalts (zweimal à 6 Monate) bei einer Gastfamilie lebt, die für Kost und Logis sorgt. Im Gegenzug bekommt man Besuch von einem französischen Gastschüler.

Infos unter: www.kmk-pad.org

Jugend in Aktion

Es gibt ein Leben außerhalb von Schule, Ausbildung und Beruf, haben sich wohl die Erfinder des EU-Programms „Jugend in Aktion“ gedacht und ein Programm geschaffen, das allen zwischen 13 und 30 Jahren offen steht. Ziel ist es, junge Menschen zusammenzubringen, damit sie ein Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa entwickeln, die kulturellen Unterschiede kennenlernen und sich für Europa und seine Menschen engagieren.

Weil Jugendliche am besten wissen, was Jugendlichen gefällt, unterstützt „Jugend in Aktion“ in erster Linie Austauschprojekte, die von Jugendlichen selbst konzipiert und organisiert werden. Kreativ sollten sie sein und sich natürlich um die EU drehen. Einzelpersonen können sich übrigens nicht bewerben, wohl aber Jugendgruppen und –organisationen.

Info unter: www.jugendfuereuropa.de

Europäischer Freiwilligendienst

Schon mal daran gedacht, sich für ein halbes oder ein ganzes Jahr im Ausland für andere Menschen zu engagieren, in Jugend- oder Obdachlosenheimen mit anzupacken, dabei eine fremde Kultur und Sprache zu lernen und nebenbei noch jede Menge fürs Leben? Der

Europäische Freiwilligendienst macht es möglich. Er vermittelt Freiwillige im Alter von 18 bis 25 Jahren, finanziert Unterkunft und Verpflegung, eine Versicherung, die Reisekosten, einen Sprachkurs und stellt auch noch ein Taschengeld. Das muss reichen, denn der freiwillige Einsatz ist kein Job, kein Praktikum und auch kein Ersatz für den Wehr- oder Zivildienst. Noten, Ausbildung oder der Schulabschluss spielen bei der Bewerbung keine Rolle. Alles was man tun muss, ist eine Entsendeorganisation finden, die die Formalitäten klärt und dafür sorgt, dass alles korrekt abläuft.

Infos: <http://www.go4europe.de>

Mangelnde **Sprachkenntnisse** stehen Mobilität im Weg, das meinen die Europäerinnen und Europäer selbst. Deshalb büffeln sie ordentlich Vokabeln. Ergebnis: Jeder Zweite in der EU spricht mindestens eine Fremdsprache. Nur die Briten tanzen aus der Reihe: 70% sprechen nur eine Sprache, nämlich Englisch. Doch Glück gehabt, Englisch ist die am weitesten verbreitete Fremdsprache.

(Quelle: Eurobarometer 237, „Europeans and Languages“, 2005)

Akademiker in spe

Natürlich kommen auch Studierende in der EU nicht zu kurz. ERASMUS heißt das Zauberwort – übrigens der Name eines niederländischen Gelehrten, der sich schon zu seinen Lebzeiten (1465 – 1536) um europäischen Wissenstransfer bemühte. Mit ERASMUS bringt die EU Studierende in den Genuss eines Auslandsstudiums in insgesamt 31 Teilnahmeländern (27 EU-Länder sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und Türkei). Am liebsten gehen deutsche ERASMUS-Studierende übrigens nach Spanien (21,4%), Frankreich (18,1%) und Großbritannien (12,6%). Umgekehrt kommen zu uns am liebsten Studierende aus Mittel- und Osteuropa und der Türkei. ERASMUS fördert einen Studienaufenthalt mit 155 Euro monatlich (demnächst 200 Euro) und einer Befreiung von den Studiengebühren im Gastland.

Das „Europäische Anerkennungssystem für Studienleistungen“ (ECTS) sorgt dafür, dass Studienleistungen, die im Ausland erworben wurden, anerkannt werden. Es soll vor allem die Heimatuniversität dabei unterstützen, die akademischen Lernerfolge an einer ausländischen Hochschule besser bewerten zu können. Helfen tut dabei ein ausgeklügeltes Punktesystem.

Infos unter: <http://eu.daad.de/eu/index.html>

Berufsausbildung in Europa

Früher zogen Handwerker-Gesellen auf Wanderschaft. Drei Jahre waren sie unterwegs, um sich fern ab von der Heimat neue Techniken anzueignen, Lebenserfahrung zu sammeln und fremde Länder kennen zu lernen. Erst nach der Wanderschaft durften sie mit der Meisterprüfung beginnen. Heute nimmt von den ca. 1,6 Millionen Auszubildenden in Deutschland lediglich ein Prozent der Auszubildenden die Chance wahr, im Ausland Berufserfahrungen zu sammeln. Reichlich wenig, wenn man bedenkt, dass Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz ein Anrecht darauf haben, einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland zu absolvieren und dass auch ihre Auslandsleistungen anerkannt werden. Doch die meisten schrecken vor Mobilitätshindernissen zurück, dazu gehören beispielsweise Unterschiede in den Ausbildungsinhalten und Schwierigkeiten bei der gegenseitigen Anerkennung der Berufsausbildung.

In Sachen Bildung machen zwei Faktoren das Zusammengehen innerhalb der EU besonders schwierig. Erstens ist die EU in Bildungsfragen nur bedingt zuständig und zweitens schwören die 27 Mitgliedsstaaten natürlich jeweils auf ihre eigenen Bildungssysteme und lassen sich davon nur ungern abbringen. Jetzt hat die Europäische Kommission eine neue **Richtlinie zur Reglementierung der Berufsschlüsse** vorgelegt.

Infos unter: <http://europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c11065.htm>

Leonardo da Vinci

Das italienische Allround-Genie Leonardo da Vinci (1452-1519), der zugleich Maler, Bildhauer, Erfinder und Naturforscher war, hat dem Programm seinen Namen gegeben. Programmziel ist es, möglichst viele Auszubildende und Berufsschüler/-innen im Ausland zusätzliche Qualifikationen erwerben zu lassen. Eine junge Buchbinderin lernt zum Beispiel mittelalterliche Restaurationstechniken in Belgien kennen, ein Konditor, weshalb den Franzosen das Baguette so gut gelingt und ein Mediendesignerin, was die Spanier in dieser Branche können. So ein Lernaufenthalt kann wenige Wochen oder auch mehrere Monate dauern. Sich selbst um die Kontakte kümmern muss übrigens niemand, das erledigen die Ausbilder oder Berufsschullehrer.

LEONARDO ist jedoch nicht nur ein Programm für Auszubildende. Es fördert zum Beispiel Auslandsaufenthalte von Ausbildern und Hochschulabsolventen, aber auch mehrmonatige Betriebspraktika von jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Voraussetzung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ausreichende Berufserfahrung. Aber auch hier geht nichts ohne gute Sprachkenntnisse. Nur so hat man die Chance, optimal von dem Auf-

enthalt zu profitieren und Wissen darüber mit nach Hause zu bringen, wie ein ausländischer Betrieb funktioniert. Eine hervorragende Grundlage dafür, später miteinander ins Geschäft zu kommen.

Infos unter: www.na-bibb.de/leonardo_da_vinci_3.html

Und noch ein Plus: Die Auslandspraktika werden als Bestandteil der Ausbildung anerkannt und unterbrechen das Ausbildungsverhältnis in Deutschland nicht. Selbstverständlich wird die Ausbildungsvergütung weitergezahlt und für Sozialversicherungsansprüche gesorgt.

Belegen muss man's können – der *europass*

Mobilität ist klasse, aber nur halb soviel wert, wenn man sie nicht nachweisen kann. Es muss also ein Zeugnis her, dachten wohl die Erfinder des *europass* Mobilität. Er dokumentiert alle im Ausland gemachten Lernerfahrungen und beschreibt Ziel und Dauer des Auslandsaufenthaltes. Den *europass* Mobilität gibt es für alle, die im Ausland lernen – also auch für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende oder Studierende.

Wer den Pass haben möchte, kann ihn allerdings nicht selbst beantragen. Dass muss die entscheidende Einrichtung tun und zwar zusammen mit der aufnehmenden Einrichtung im Gastland. Diese beiden wissen schließlich am besten, was, wo und in welcher Zeit gelernt wurde. Ansprechpartner in Deutschland ist die Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn.

Infos: www.europass-info.de

Gute Reise!

Anhang: Tipps zum Surfen

www.wege-ins-ausland.org/

Auf dieser Seite informieren fünf deutsche Bildungsinstitutionen gemeinsam über die unterschiedlichen Möglichkeiten, die sie jungen Menschen für einen Auslandsaufenthalt bieten, egal ob es sich um ein Praktikum, Studium, einen Freiwilligendienst oder einen Job handelt. Sogar eine Infobroschüre haben sie gemeinsam herausgebracht. Die „Wege ins Auslandspraktikum“ können online kostenlos bestellt werden.

www.europaserviceba.de/

Die Website der Bundesagentur für Arbeit bietet einen fundierten Überblick über den Arbeits- und Bildungsmarkt Europa. Ausgezeichnete Informationen zu den unterschiedlichen Bildungssystemen. Und alle Informationen übersichtlich nach Zielgruppen gegliedert.

www.go4europe.de

Informationen rund um den Europäischen Freiwilligendienst bietet hier das Programm Jugend für Europa. Besonders hilfreich ist die Datenbank mit Namen der Entsendeorganisationen.

www.europa-mobil.de

Hier gibt es ausführliche Länderinformationen und ein umfangreiches Berufsverzeichnis, das beispielsweise die Frage klärt, ob man als Apothekerin auch an der Costa Brava oder als Altenpflegerin in Österreich arbeiten kann.

www.rausvonzuhause.de

Wer einen Sprachkurs in Schweden, ein Workcamp in Italien oder einen Freiwilligendienst in Slowenien sucht, kann in der neuen Online-Datenbank die entsprechenden Programme recherchieren und dabei sogar weltweite Angebote, mit Hintergrundinformationen und Kontaktdaten finden. Eine tolle Orientierungshilfe bietet hier das deutsche Eurodesk-Team im Angebotsdschungel!

http://ec.europa.eu/stages/index_de.htm

Warum nicht mal ein Praktikum bei einer europäischen Institution machen? Wie es geht erläutert das Praktikantenbüro der Europäischen Kommission. Die Anforderungen sind allerdings hoch, meist geht nichts ohne Abitur oder gar Hochschulabschluss. Trotzdem nicht verzagen! Vielleicht ist ein Praktikum bei einem EU-Abgeordneten möglich oder bei einer der zahlreichen kommunalen Europabüros.

<http://europa.eu.int/ploteus/portal/home.jsp>

Ein bisschen durchkämpfen muss man sich schon, um auf der Seite von PLOTEUS rauszufinden, welche ausländischen Abschlüsse zum Beispiel in den Niederlanden anerkannt werden, aber wenn man es erst mal geschafft hat, dann ist man wirklich informiert. Zudem gibt es einen umfangreichen Überblick über die Lernangebote in ganz Europa.

<http://europa.eu.int/eures/home.jsp?lang=de>

EURES ist das europäische Portal zur beruflichen Mobilität. Hier kommen Arbeitssuchende und Arbeitgeber zusammen. Über 1,3 Mio. freier Stellen sind aktuell in der Datenbank verfügbar, egal ob man als Förster in Finnland oder Zimmermädchen in Irland arbeiten möchte.

www.bafoeg.bmbf.de/de/372.php

Es gibt neue Bestimmungen zum BAföG. So können jetzt beispielsweise Auszubildende mit Migrationshintergrund, die langfristig aufenthaltsberechtigt, leichter als bisher nach dem BAföG gefördert werden. Ab dem Schuljahr 2008/2009 werden zudem Auslandspraktika, die beim Besuch von Berufsfachschulen vorgeschrieben sind, förderungsfähig. All das ist genauer nachzulesen auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.